

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	37. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	25. April 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

5.

Punkt 4 der Tagesordnung: Neufassung der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Karlsruhe

Vorlage: 2017/0085

dazu:

Änderungsantrag: AfD

Vorlage: 2017/0263

Interfraktioneller Änderungsantrag: CDU, GRÜNE, KULT, FDP

Vorlage: 2017/0300

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - die aus der Anlage 1 der Vorlage ersichtliche Neufassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Karlsruhe.

Abstimmungsergebnis:

geänderte Beschlussvorlage: Bei 46 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag AfD: Ziffer 1 bei 4 Ja-Stimmen und 44 Nein-Stimmen
Ziffer 2 bei 6 Ja-Stimmen und 42 Nein-Stimmen abgelehnt
Ziffer 3 bei 6 Ja-Stimmen und 41 Nein-Stimmen abgelehnt
Ziffer 4 erledigt (keine Abstimmung)
Ziffer 5 bei 4 Ja-Stimmen und 42 Nein-Stimmen abgelehnt

Interfraktioneller Änderungsantrag: Kenntnisnahme von der Stellungnahme (keine Abstimmung)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung:

In unserer Stellungnahme zum Änderungsantrag der AfD haben wir ausgeführt, dass wir es nicht für notwendig halten, den Begriff des Wortprotokolls in unsere Geschäftsordnung aufzunehmen, so wie wir es in den Vorgesprächen besprochen hatten. Angesichts der politischen Vehemenz des interfraktionellen Änderungsantrags schlagen wir

Ihnen jetzt vor, dass wir das so aufnehmen mit dem Wortprotokoll. Das ist ein sich den Mehrheiten hier ein Stück weit geschlagen geben. Insofern wundern Sie sich bitte nicht, dass es hier diese zwei unterschiedlichen Stellungnahmen gibt. Aber am Ende ist es einfach pragmatisch, so wie es dann ist. Wir würden das so aufnehmen, so dass wir diesen Änderungsantrag nicht unbedingt noch zur Diskussion stellen müssten.

Gibt es darüber hinaus Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann können wir direkt in den Änderungsantrag der AfD einsteigen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Ich will ihn kurz begründen. Es geht einfach um fünf verschiedene Punkte. Bei einem hatten Sie gesagt, dass er ohnehin aufgenommen wird. Das ist die Ziffer 4, das Wortprotokoll.

Zu den anderen Dingen, der § 5: Bei der Tagesordnung war es bisher üblich, dass alle Gemeinderäte die Tagesordnung von beschließenden Ausschüssen bekommen haben, auch wenn sie nicht in diesem Ausschuss waren. Es ist sicherlich richtig, dass man die Zahl reduziert. Aber der ständige Vertreter sollte doch auch weiterhin die Einladung bekommen, weil nicht immer schon fünf Wochen vorher feststeht, dass jemand an einer Ausschusssitzung nicht teilnehmen kann. So ist die Vorbereitung sicher besser, wenn die jeweiligen Stellvertreter auch eine Einladung bekommen würden.

Die Ziffer 2 hat uns jetzt doch auch ein bisschen verwundert, weil der Gesetzgeber bisher immer gesagt hat, wir wollen die kleineren Gruppen stärken. Man hat auch insbesondere die Auszahlungsverfahren geändert, dass man auch mit weniger Stimmen ein Mandat im Stadtrat bekommt usw. Jetzt soll aber massiv gerade das Rederecht dieser kleineren Gruppen durch § 8 eingeschränkt werden. Deswegen müssen wir das ablehnen als kleine Gruppierung. An manchen Stellen in der Geschäftsordnung ist es etwas unklar formuliert. Wovon reden wir jetzt? Von Fraktionen? Von Einzelstadträten? Oftmals wird der Begriff Fraktion auch im Sinne von Gruppierungen verwendet. Da würden wir um Klarstellung bitten an den Stellen, wo es erforderlich ist.

Ziffer 4 ist klar mit dem Wortprotokoll.

Ziffer 5 ist dieselbe Argumentation. Eine Offenlage ist vorher nicht vorberaten. Wenn wir die Wertgrenzen hoch setzen, ist die Entscheidung im Prinzip gefallen, bevor die Öffentlichkeit davon erfährt. Jeder kann sich dann zurücklehnen und sagen, ich war es nicht. Ich habe nicht aktiv dafür gestimmt, sondern ich habe einfach nur nicht Widerspruch eingelegt. Wir denken, im Sinne einer Transparenz sollten bei der Offenlage die Wertgrenzen nicht angepasst werden.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Ich habe nur zwei lobende Sätze zur Neufassung der Geschäftsordnung. Zum einen finden wir es gut, dass es jetzt die Öffnungsklausel gibt, dass es eine Livestream geben kann, auch wenn wir momentan nicht die finanziellen Mittel eingestellt haben, um das tatsächlich auch umzusetzen, und natürlich auch die Anpassung an das elektronische Abstimmungssystem, dass wir auch die Mehrwerte, die wir dadurch haben, nutzen können. Das finden wir sehr gut, dass wir da mit der Zeit gehen. Zum anderen sind wir auch froh, dass die Stadtverwaltung dem Wunsch der

Fraktionen folgt bezüglich des Wortprotokolls. Denn das ist wichtig für Transparenz, Nachvollziehbarkeit und auch aus Archivgründen.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abarbeitung des Änderungsantrags der AfD. Die Ziffer 4 müssen wir nicht zur Abstimmung stellen. Das habe ich schon fast vermutet, dass Sie das einzeln abstimmen lassen wollen.

Ich rufe auf die Ziffer 1 des Änderungsantrags der AfD. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Ich rufe auf die Ziffer 2. Da geht es um § 8 Redeordnung, Ziffer 7, im Änderungsantrag der AfD. – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf die Ziffer 3 des Änderungsantrags der AfD. Da geht es um das Thema Fraktionen. Das soll um „Fraktionen und Gruppierungen“ erweitert werden. Ich bitte um das entsprechende Votum. – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 4 hat sich erledigt. Ich rufe auf die Ziffer 5 des Änderungsantrags der AfD. Da geht es um die Wertgrenzen. – Das ist ebenfalls eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit kommen wir zur Beschlussvorlage der Verwaltung. Die Beschlussvorlage ist an zwei Stellen jetzt verändert. Wir übernehmen aus dem interfraktionellen Antrag das Thema mit dem Wortprotokoll. Sie hatten auch die Archivierung auf mindestens 15 Jahre verlängern wollen. Ich glaube es ist möglich, dass wir das jetzt einfach übernehmen und über die neue Fassung abstimmen, ohne dass ich in der nächsten Gemeinderatssitzung noch einmal kommen muss. Mit diesen beiden Änderungen bitte ich jetzt für die so veränderte Beschlussvorlage der Verwaltung zur neuen Geschäftsordnung des Gemeinderates um Ihr Votum. – Das ist eine übergroße Mehrheit.

Ich darf mich beim Gemeinderat, ich darf mich aber auch vor allem beim Hauptamt und allen Beteiligten, ZJD und anderen, ganz herzlich bedanken. Das war eine monatelange Vorbereitung, viele Gespräche, viel Papier hin und her. Es ist jetzt doch mit einer übergroßen Mehrheit als neue Grundlage der Geschäftsordnung des Gemeinderates wie der Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe so von Ihnen mitgetragen worden. Herzlichen Dank für dieses große Engagement in den letzten Monaten.

Sie haben darüber hinaus jetzt auch die Möglichkeit geschaffen, dass wir mit einem Screenshot das jeweilige Abstimmungsergebnis visualisieren können. Ich möchte mitteilen, dass wir das während der Sitzung technisch noch nicht hinbekommen, aber im Anschluss an die Sitzung in das Ratsinformationssystem einstellen, so dass Sie dann noch einmal nachlesen können, wer aus dem Gemeinderat wie abgestimmt hat, so dass es nicht mehr so ganz egal ist, wenn es einmal schief gehen sollte.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
10. Mai 2017